



Zielscheibe Innenminister, v.l.: Heinz Lanfermann, F.D.P., Ausschlußvorsitzender, Hubert Doppmeier (CDU), Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, Minister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Egbert Reinhard (SPD), Reinhold Trinius, SPD, stellvertretender Vorsitzender. Fotos: Schüler

## Schlußbericht Untersuchungsausschuß Gladbecker Geiselnahme: zwei Fassungen

### „Einmaliger Kriminalfall mit untypischen Tätern und Umständen“

Als verantwortlich für den blutigen Verlauf des Gladbecker Geiseldramas im August 1988 bezeichneten die Oppositionsfraktionen Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) als Ergebnis der Ermittlungen des III. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Schlußbericht mit Mehrheits- und Minderheitsvotum Ausschlußvorsitzender Heinz Lanfermann (F.D.P.) im Plenum am 29. März vorlegte. Ihre Rücktrittsforderung wurde von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) abgewiesen.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) berichtete als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses über den Gang der Untersuchungen. Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion sei die Ansicht gewesen, es habe nicht zum Tod von drei Menschen zu kommen brauchen, weil gute Möglichkeiten zur Beendigung der Geiselnahme nicht genutzt worden seien. Ferner seien wesentliche Einzelheiten erst nachträglich bekannt geworden. Der Umfang der beigezogenen Akten des Ausschusses werde auf 25 000 Blatt geschätzt, hinzu kämen Videoaufnahmen und Tonbänder. In 52 Sitzungen seien 112 Zeugen gehört und mehrere Ortstermine durchgeführt worden. Dennoch seien wesentliche Fragen ungeklärt geblieben. Bedauerlich sei, daß es nicht zu einem einheitlichen Bericht gekommen sei. Der SPD-Mehrheitsbericht sei eine Woche vor der Ausschlußberatung in einer Fernsehsendung vorgestellt worden, das sei kein guter Stil.

Beim Gladbecker Geiseldrama habe es sich um ein untypisches Verbrechen gehandelt. Ein Teil der Besonderheiten sei auf die Täterpsyche zurückzuführen. Auch das Verhalten der Medien sei untypisch gewesen. Bei der Polizeiführung gebe es keine fehlerhaften Verhaltensweisen. Nachträglich sei über mehr Verantwortung vor Ort nachzudenken. Durch den Ausschluß seien zahlreiche Einzelheiten bekannt geworden. Der Minister habe die Öffentlichkeit bewußt unvollständig und einseitig informiert. Die Einsatzleitung habe einseitig auf freiwillige Freilassung vertraut und sich möglicher Handlungsalternativen beraubt. In der Raststätte Grönegau und im Café Dickhut in Hagen sei Zugriff möglich gewesen. Auch die „Pinkelpause“ sei eine verpaßte Zugriffschance. Die Taktik des „scheinbar verfolgungsfreien Abzugs“ sei nicht durchgehalten worden. Es habe vermeidbare Kommunikationsdefizite gegeben. Nach Auffassung

der Minderheit engten mangelhafte Arbeitsbedingungen und fehlende technische Ausrüstung den Handlungsspielraum der Polizei unnötig ein. Auch hätten sich die Aktivitäten des Ministers mehr auf Öffentlichkeitsarbeit als auf Bewältigung der Lage bezogen.

**Egbert Reinhard** (SPD) warf dem Vorredner vor, Berichterstatter der Minderheit zu sein, die den Innenminister habe stürzen wollen. Die Opposition habe das hohe Spiel gewagt, Polizeitechniken und Taktiken öffentlich zu erörtern, es aber verloren. Die Beweisaufnahme habe vorschriftsmäßiges Polizeiverhalten ergeben. Die Taktik sei nachvollziehbar. Zugriffe vor Ort mit dem Risiko der Tötung der Geisel kämen bei uns nicht in Betracht. Verfolgungsfreier Abzug habe zum späten Erkennen von Zugriffssituationen geführt. Die Opposition verlange einerseits hautnahe Observation, andererseits unauffälliges Observieren. Je nach Lage könne damit der Polizei oder dem Minister gegen das Schienbein getreten werden. Im Café Dickhut sei bei entspannter Situation die Freilassung der Geiseln erwartet worden. Eine Anweisung, die Geiselnahme in NRW zu beenden, habe es nicht gegeben. Die Polizeikräfte seien nach dem aktuellsten Stand ausgerüstet gewesen. Kein anderes Bundesland verfüge über bessere Techniken. Bisher nicht vorgekommene Umstände hätten die Abläufe gesteigert und bisher unbekanntes Gefahren gebracht. Das irrationale Verhalten der Täter und die Schar der Pressevertreter habe die Kontrolle der Lage erschwert. Die extreme Gefahr habe einen Zugriff als nicht verantwortbar erwiesen. Entschieden verwarfte sich der Redner dagegen, die Polizeibeamten zu Trotteln zu stempeln. Für die nächste Geiselnahme-Bewältigung gebe es Stoff zum Nachdenken. Der Minister und die Polizei verdienten Vertrauen.

**Hubert Doppmeier** (CDU) warf der SPD vor, ihr gehe es nur um einen Persilschein für den Minister. Wegen dessen Unfähigkeit und der seiner engsten Mitarbeiter sei die Polizei an der Befreiung der Geiseln gehindert worden. Der Einsatzleiter Recklinghausen habe nicht das Format für eine solche Lage gehabt. Die Taktik sei nicht richtig, wenn am Ende der Tod dreier jungen Menschen zu beklagen sei. Wer gute Zugriffsmöglichkeiten nicht nutze, habe seinen Auftrag verfehlt. Der Minister habe nicht gehandelt, obwohl Menschen in höchster Not gewesen seien. Die Polizeikräfte hätten nicht so gekonnt, wie sie gewollt hätten. Der Ministerpräsident müsse für Konsequenzen sorgen, damit die Bürger in NRW Vertrauen zur politischen Führung der Polizei haben könnten.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, seine Fraktion hätte eine unabhängige Expertenkommission bevorzugt. Mehrheit gleich Wahrheit, wie im Ausschluß, sei unvertretbar. Dem Vorsitzenden sei für souveräne Verhandlungsführung trotz Anfeindungen zu danken. Bereits beim Abzug von Gladbeck hätten die Täter ausgeschaltet werden können. Der Wechsel der Einsatzleitung von Gladbeck nach Köln sei ein weiterer Fehler gewesen, die überhastete Aktion auf der Autobahn schwer erklärbar. Der Mehrheitsbericht entspreche nicht den Anforderungen an sorgfältige Ausschlußarbeit. Die Freilassung der Geiseln sei auch wegen auffälliger Observierung unterblieben. Ursache dafür sei mangelnder Überblick der Führung gewesen. Unerträglich lange Dienstzeiten hätten auch die Schlagkraft beeinträchtigt. Hilfsangebote der GSG 9 seien nicht angenommen worden. Anfangsschwäche sei durch Endzeitstärke überkompensiert worden. Rettungsfahrzeuge seien viel zu spät geordert worden. Der Minister töne, er übernehme die politische Verantwortung, aber er ziehe keine Konsequenzen. „Ein Mann mit Stil wäre längst nicht mehr in seinem Amt.“

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) bezeichnete das Verbrechen als einmaligen

Kriminalfall, der die Menschen bewegt habe. Der Verlust von drei Menschenleben belaste jeden. Monatelang sei dem Minister vorgeworfen worden, auf den Verlauf eingewirkt zu haben. Nun höre er, er habe auf die Einwirkung verzichtet. Das Vorgehen der Polizei sei in 32 Fällen vorher richtig gewesen. Für Gewalt und Verbrechen geschehen könne niemand die volle Verantwortung übernehmen. Die Regierung stehe für liberale Innenpolitik. Die Mittel für die innere Sicherheit seien verstärkt, eine Sonderaktion gegen Wohnungseinbrüche erfolgreich durchgeführt worden. In der Polizeitechnik liege NRW vorn. Pannen und Fehler könnten nicht völlig ausgeschlossen werden, aber man tue alles zur Vermeidung. Er stehe zu diesem Innenminister und zu seiner Politik.

**Heinz Paus** (CDU) sagte, er habe vom Ministerpräsidenten mehr erwartet. Die Schnoor-Linie für den gesamten Bereich der inneren Sicherheit: „ständiges Beschwichtigen, unangebrachtes Zurückweichen vor Rechtsbrechern, falsch verstandene Liberalität“ werde immer wieder von der Opposition kritisiert. Die Einsatzvorgabe absolutes Nullrisiko, Vertrauen in die Gangster sei völlig unpraktikabel gewesen. Dafür sei der Minister persönlich verantwortlich. Dieser Polizeieinsatz sei ein Lehrbeispiel dafür, wie man es nicht machen dürfe. Wer zunächst jedes Risiko scheue, müsse irgendwann ein extrem hohes Risiko eingehen. Der Mehrheitsbericht bügle in nicht nachvollziehbarer Weise Fakten weg.

**Reinhold Trinius** (SPD) äußerte Betroffenheit über die Vorwürfe. So seien Rettungsfahrzeuge beim Zugriff auf der Autobahn durch Pressefahrzeuge aufgehalten worden, erst dann hätten neue angefordert werden müssen. Aussagen und Aktenstücke seien im Minderheitsbericht einfach unterschlagen worden. In der Raststätte seien die Täter voll aufmerksam und bewaffnet gew-

sen. Auch die Zugriffsmöglichkeit Café Dickhut sei falsch dargestellt worden. Es sei Selbstüberschätzung, wenn Minderheiten glaubten, sich mit fragwürdigen Methoden um Details polizeilichen Handelns kümmern zu müssen, als ob nach Aktenstudium jahrelange Polizeierfahrung beurteilt werden könne. Argumente seien willkürlich ausgetauscht worden. Daher habe ein Mehrheitsbericht verfaßt werden müssen.

**Dr. Bernhard Worms**, CDU-Fraktionsvorsitzender, hielt das Auftreten des Ministerpräsidenten für unmöglich. Es sei Flucht vor der Entscheidung, wenn man sich hinter Verordnungen verstecke. Die Verantwortung sei jedoch in keiner Vorschrift normiert, sie leite sich aus praktischer Übung erfahrener Demokratie ab. Der Minister hätte zugeben sollen, daß er mit seiner Philosophie am Ende gewesen sei, und seinen Hut nehmen müssen.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, die Strategie sei fehlerhaft gewesen. Der Ministerpräsident habe nicht Hofprediger zu sein, er werde für Entscheidungen bezahlt. Statt dessen heiße es: kein Handlungsbedarf. Die Polizeiführung müsse mit PC ausgestattet werden. Weitere Vorschläge zu mehr Schlagkraft der Polizei seien zu vermissen. Kriminalität werde verwaltet, nicht bekämpft. Dr. Rohde zählte eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen auf, die alle ohne Konsequenzen geblieben seien. Moderieren genüge nicht für das Land. Ein starker Ministerpräsident müsse entscheiden.

**Franz Josef Kniola** (SPD) nahm zum Verhalten der Pressevertreter Stellung, das für die Gesamtbeurteilung dieser Geiselnahme unerlässlich gewesen sei. In Leichenwagen, Krankenwagen mit Blaulicht, in Taxen und eigenen Wagen hätten sie die Arbeit der Polizei behindert. Unerträglich sei, daß Straftäter ihre Geschichte zu horrenden

Preisen an die Medien verkauften. Noch unerträglicher sei, wenn sie sich zu Gehilfen der Verbrecher machten. Auch seien durch die Untersuchungen bestimmte polizeiliche Techniken ein für allemal unbrauchbar gemacht worden. Die Opposition habe Details nach außen getragen und dadurch ein Sicherheitsrisiko geschaffen. Die Verhandlungsführung sei oft eine Zumutung gewesen. Der Untersuchungsausschuß gehe in die Geschichte ein, „wie ein wichtiges Instrument parlamentarischer Arbeit Opfer der Profilierungseitelkeit des Vorsitzenden wurde.“

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) bescheinigte den beteiligten Polizeibeamten gute Arbeit. Weil ihnen der Erfolg versagt geblieben sei, seien sie verächtlich gemacht worden. Nach Vorlage des Berichts könnten sie öffentlich rehabilitiert werden, aber das wolle die Opposition nicht. Sie bleibe ihrer Linie, Zweifel zu äußern, treu. Diese parteipolitische Rechnung werde nicht aufgehen. Er werde der Polizei den Minderheitenbericht zuleiten. Die Opposition habe die Polizei kläglich im Stich gelassen, sei nicht redlich mit ihr umgegangen. Eine Bewertung vom grünen Tisch aus werde der Wahrheit im nachhinein nicht gerecht. Expost-Betrachtung sei bedenkenlos der Risikoabwägung des Ernstfalles vorgezogen worden. Die tragenden Säulen des Minderheitenberichts seien Einseitigkeit, Spekulation, verdeckte Unterstellung. Die Aufarbeitung der Geiselnahme habe das Fachwissen vertieft und zu weiteren Verbesserungen geführt. Der Polizei sei durch die Ausschlußminderheit geschadet worden.

**Hubert Doppmeier** (CDU) erklärte, der Vorsitzende habe vorzüglich gearbeitet. Wie sich der Innenminister verteidigt habe, entspreche nicht seinem Amt. Er hätte Fehler eingestehen sollen und klebe stattdessen an seinem Sessel.

## Hilfspaket...

Fortsetzung von Seite 5

werber in Nordrhein-Westfalen kein Wort verliere, den Übersiedlern aber „am liebsten direkt die Rückfahrkarte in die Hand stecken“ würde. Die CDU halte an der Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens ab 1. Juli fest. Dann falle es mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zusammen, und dann sei auch die materielle Grundlage für die Freizügigkeit in Deutschland gegeben.

**Ulrich Schmidt** (SPD) erklärte, die Übersiedlerpolitik müsse den veränderten Bedingungen in der DDR angepaßt werden, und seit dem 18. März sei „Schnelligkeit gefragt“. Eine Verzögerung der Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens bis Juli sei zum Schaden sowohl des Landes Nordrhein-Westfalen als auch der DDR. Die DDR könne es sich nicht leisten, noch mehr Menschen zu verlieren, wenn sie ein funktionierendes Wirtschaftssystem aufbauen wolle.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) warf der Landesregierung „Etikettenschwindel“ vor. Kein Bundesland könne einen Aufnahmestopp für Übersiedler beschließen, denn hier handle es sich um ein Bundesgesetz. Darüber hinaus habe niemand das Recht, den Menschen, die in der Bundesrepublik einen Neuanfang wagen wollten, die Startchance zu

nehmen. Kuhl forderte die Landesregierung auf, nicht länger die „Sozialneidkampagne in Nordrhein-Westfalen auf dem Rücken der Aus- und Übersiedler auszutragen“. In einem Punkt stimme die F.D.P.-Fraktion dem Gesetzentwurf allerdings zu: die Kommunen müßten vom Bund finanziell entlastet werden.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) betonte, am 1. Juli 1989 hätten sich 2292 abgelehnte Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen aufgehalten und nicht, wie von dem CDU-Abgeordneten Arentz behauptet, 100 000.

## DDR-Wahl...

Fortsetzung von Seite 6

nach Artikel 23 werde Länder und Gemeinden in ein finanzielles Abenteuer führen, wenn er nicht rational gesteuert werde. Bei einem gesamtdeutschen Finanzausgleich werde es ein Minus von 6,5 für das Land und zwei Milliarden Mark für die Gemeinden geben. Ohne Steuererhöhungen müßten sich die öffentlichen Haushalte rasant weiter verschulden.

**Hartmut Schauerte** (CDU) hielt die Einheit für eine Chance für alle. Durch Verschiebung würden alle Probleme nur noch größer, wenn nicht gar unlösbar. Der Artikel 23 Grundgesetz werde von Staatsrechtlern für

den Königsweg zur Einheit gehalten. Alle, auch das Ausland hätten das begriffen, nur die Sozialdemokraten nicht. Verfassungstreue sei jetzt gefragt, das Ja zum Artikel 23.

**Reinhold Trinius** (SPD) warnte davor, mit der Angst Geschäfte zu machen. Politiker-Versprechen, die nicht zu halten seien, dienten der Sache nicht. Die Sorgen der Menschen in NRW seien genauso ernst zu nehmen wie die der DDR. Ihnen gehe es um Arbeitsplätze, Wohnung, in der DDR um Renten, Gesundheit, Ersparnis, Umwelt, Erziehung. Die soziale Gerechtigkeit sei unteilbar. Ohne eine starke Gewerkschaft fehle der sozialen Marktwirtschaft ein entscheidendes Lebenselement. Im Mittelstand, der Industriearbeiterschaft und Bürgerbewegungen lägen die Chancen der DDR.

**Dr. Bernhard Worms**, CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte, CDU und F.D.P. wollten den Weg ohne Steuererhöhungen gehen. Die Wiedervereinigung werde es nicht zum Nulltarif geben. Zu bezahlen sei durch Verzicht auf Einkommenszuwachs und durch Kreditbereitschaft. 35 Milliarden Mark Exportüberschuß in die DDR zu leiten, sei mehr, als deren Staatswirtschaft verkraften könne. Gegen eine gigantische Arbeitslosigkeit stehe das zu erwartende Wirtschaftswachstum. In der Phase 2 stünden die Tore für Arbeitswillige weit offen.